Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalversammlung:
61. Tagung 2006/2007

- **Zwei Menschenrechtskonventionen und eine Erklärung verabschiedet**
- **Reformen bei Friedenssicherung und Verwaltung**

Anja Papenfuß

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß über die 60. Generalversammlung 2005/2006, VN, 2/2007, S. 68ff., fort.)

Die 61. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am 12. September 2006 von der Präsidentin der Generalversammlung Sheika Haya Rashed Al Khalifa aus Bahrain am Amtssitz in New York eröffnet.

Die 61. Tagung verlief im Wesentlichen unspektakulär. Zu den herausragenden Beschlüssen zählen die Verabschiedung zweier Menschenrechtsübereinkommen und einer Erklärung über die Rechte indigener Völker sowie die Reform der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC).

Der Hauptteil der 61. Tagung mit 84 Sitzungen endete am 22. Dezember 2006. Der zweite Teil mit weiteren 25 Sitzungen begann Ende Januar und endete am 17. September 2007, einen Tag vor Beginn der 62. Tagung. Unter 154 Tagungsordnungspunkten wurden insgesamt 296 Resolutionen und 95 Beschlüsse verabschiedet. Taiwan scheiterte zum 14. Mal damit, die Frage seiner UN-Mitgliedschaft auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Generaldebatte

Die jährliche, knapp zwei Wochen dauernde Generaldebatte begann wie üblich an einem Dienstag (19. September) und endete am 27. September. UN-Generalsekretär Kofi Annan, der Ende 2006 aus seinem Amt ausschied, wurde in seiner letzten Rede zur Vorstellung des Jahresberichts (A/61/1 v. 16.8.2006) vor der alle 192 Mitgliedstaaten umfassenden Generalversammlung noch einmal seinem Ruf als ›säkularer Pabst‹ gerecht. In einer rhetorisch ausgefeilten Rede legte er den Finger auf die vielen Wunden der Welt, unter anderem auf den Nahostkonflikt. Dieser sei nicht nur ein Konflikt unter vielen, sondern symbolisch für die ständige Bedrohung der internationalen Gemeinschaft. Stehende Ovationen folgten seinen Schlusssätzen: »Ich werde vermissen, was nicht zuletzt der aufregendste Job der Welt ist. Ich übergebe meinen Platz anderen mit einem unerschütterlichen Gefühl der Hoffnung für unsere gemeinsame Zukunft«. Die Generalversammlung würdigte Kofi Annan in einer eigenen Resolution (A/RES/61/107) am 14. Dezember 2006.

Sheika Haya Rashed Al Khalifa, die erste Araberin und dritte Frau auf dem Posten des Vorsitzes der Generalversammlung, führte den Delegierten die Erwartungen der Welt vor Augen, die auf dem Weltgipfel 2005 angestoßenen Reformen fortzusetzen. Insbesondere müssten die längst überfällige Umfassende Terrorismuskonvention verabschiedet und weitere Reformen im institutionellen Bereich vorangebracht werden.

Als Vertreter des Gastlands richtete der amerikanische Präsident George W. Bush sein Hauptaugenmerk auf den Nahen und Mittleren Osten und appellierte an die gemäßigten Fraktionen in Irak, Afghanistan, Libanon, Iran und Syrien, nicht den Extremisten das Ruder zu überlassen. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier spannte den Bogen etwas weiter, machte aber auch in seiner Rede deutlich, dass es keinen Kampf der Kulturen geben dürfe (Rede, VN, 6/2006, S. 263ff.).

Reform

Die durch den Weltgipfel 2005 angestoßenen institutionellen Reformen konnten im Berichtszeitraum 2006/2007 nur zum Teil vorangebracht werden. Mit Resolution 61/16 ›Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats‹ legte die Generalversammlung die weitere Ausgestaltung der Reformen fest. Dazu gehören Details in Bezug auf das zweijährliche Forum für Entwicklungszusammenarbeit und den Ablauf des Tagungsteils auf hoher Ebene (High-level Segment – HLS). Das Forum soll während des Tagungsteils auf hoher Ebene im Jahr 2007 in Genf ins Leben gerufen und ab 2008 alle zwei Jahre in New York stattfinden. Während des HLS sollen jährliche sachbezogene Überprüfungen stattfinden, zu denen Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis nationale Berichte vorlegen können. Dem Rat soll ab 2007 zwei Wochen mehr Sitzungszeit pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Weitreichende institutionelle Änderungen in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze wurden mit Resolution 61/279 beschlossen. Hauptsächliche Neuerung ist die Einrichtung einer neuen Hauptabteilung und eines entsprechenden Untergeneralsekretärpostens ›Unterstützung der Feldeinsätze‹. Gleichzeitig billigte das Gremium 819 weiter bestehende und 284 neue befristete Stellen für die beiden Hauptabteilungen, darunter die neuen Posten Beigeordneter Generalsekretäre für militärische Angelegenheiten sowie für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen.

Weniger einschneidend waren hingegen die Änderungen im Sekretariat im Bereich Abrüstung. Mit Resolution 61/257 wurde lediglich die Umbenennung der Hauptabteilung Abrüstungsfragen in Büro für Abrüstungsfragen gebilligt.

Abrüstung

Die seit Jahren bestehende Blockade im Bereich Abrüstung wurde auch in den Jahren 2006/2007 nicht durchbrochen. Nur im Bereich konventionelle Waffen konnte ein kleiner Erfolg verbucht werden. Die Generalversammlung einigte sich (gegen die Stimme der USA) auf die Einleitung eine diplomatischen Prozesses zur Ausarbeitung eines Vertrags über den Waffenhandel mit einer Aufstellung gemeinsamer internationaler Normen für die Ein- und Ausfuhr und den Transfer von konventionellen Waffen (A/RES/RES/61/89).

Verwaltung

In vier Resolutionen im Bereich Verwaltung und Personalmanagement billigte die Generalversammlung Umstrukturierungen im UN-Sekretariat. Im Nachgang zum ›Öl-für-Lebensmittel‹-Skandal und dem Weltgipfel 2005 wurde eine 43 Absätze umfassende Reform des Beschaffungswesen beschlossen (A/RES/61/246). Wichtigste Maßnahme darin ist die Festlegung,

dass alle an Beschaffungstätigkeiten beteiligten Bediensteten des Sekretariats jährlich Erklärungen über ihre Vermögensverhältnisse abgeben müssen. In diesem Kontext wurde auch ein neuer Unabhängiger beratender Ausschuss für Rechnungsprüfung eingerichtet. Resolution 61/275 (und Anlage) legt im Einzelnen die Aufgaben und Befugnisse des Ausschusses fest. Das aus fünf Mitgliedern bestehende Organ soll in erster Linie die Generalversammlung bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflichten beraten. In einer 17-teiligen Resolution zum Personalmanagement (A/RES/61/244) forderte die Generalversammlung die Überprüfung des Auswahlverfahrens für das Personal, die schnellere Neubesetzung von Stellen und stellte drei Millionen US-Dollar für die Schulung von Führungspersonal zur Verfügung. Im Wesentlichen auf den Vorschlägen einer Expertengruppe (Redesign Panel) aus dem Jahr 2006 beruhend verabschiedete die Generalversammlung die erste grundlegende Revision des Systems der internen Rechtspflege seit 1945 (A/RES/61/261). Unter anderem sind ein dezentralisiertes Büro einer Ombudsperson an den Standorten Genf, Nairobi und Wien sowie eine Abteilung Meditation im Büro der Ombudsperson in New York vorgesehen. Daneben soll ein Büro für interne Rechtspflege eingerichtet werden, das die Gesamtverantwortung für die Koordinierung des Systems trägt.

Haushalt

Der neue Beitragsschlüssel für den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen für die Jahre 2007 bis 2009 wurde in Resolution 61/237 festgelegt. Die größte Absenkung seiner prozentualen Beitragslast hatte dabei Japan zu verzeichnen, die durch Erhöhungen anderer Staaten wie China, Großbritannien und Frankreich, ausgeglichen wurden (vgl. Tabelle und Erläuterungen, VN, 3/2007, S. 116f.). Rund 1,9 Milliarden US-Dollar bewilligte das Staatenvertretergremium für die längst überfällige Renovierung des Amtssitzes in New York (A/RES/61/251). Die Renovierung der Residenz des Generalsekretärs wurde in einer separaten Resolution genehmigt, wofür die Mitgliedstaaten knapp 4,5 Millionen US-Dollar (A/RES/61/21) zur Verfügung stellen müssen. Für die Jahre 2007/2008 wurden für 13 Friedenssicherungseinsätze ein Budget von insgesamt 5,25 Milliarden US-Dollar in einzelnen Resolutionen bewilligt (GA/10602 v. 29.6.2007) – und damit wieder ein neuer Rekord aufgestellt.

Übereinkommen

Die Generalversammlung verabschiedete zwei neue Übereinkommen und eine Erklärung. Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ein dazu gehöriges Fakultativprotokoll wurden am 13. Dezember 2006 mit Resolution 61/106 verabschiedet. Das Übereinkommen legt in 50 Artikeln die Rechte behinderter Menschen fest. Es wird ein Ausschuss zur Überwachung der Einhaltung der Rechte eingesetzt und Staaten, die das Fakultativprotokoll ratifizieren, geben damit dem Ausschuss die Kompetenz, Beschwerden von Einzelpersonen entgegenzunehmen. Eine Woche später billigte die Generalversammlung das Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (A/RES/61/177). Auch dieses Übereinkommen sieht einen Ausschuss zur Überwachung der Einhaltung vor sowie ein Beschwerdeverfahren, das allerdings von den Staaten gesondert genehmigt werden muss. Kurz vor Ende der Tagung, am 13. September 2007, verabschiedete das Gremium gegen die Stimmen Australiens, Kanadas, Neuseelands und der USA die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (A/RES/61/295). Damit kam ein mehr als 20 Jahre dauernder Diskussions- und Verhandlungsprozess zu einem vorläufigen Ende.

Internationale Jahre und Tage

Die Generalversammlung verabschiedete im Laufe der 61. Tagung sechs Internationale Jahre und einen Internationalen Tag. Die Jahre und Tage sollen dazu dienen, auf ein bestimmtes Thema aufmerksam zu machen und Maßnahmen rund um dieses Thema zu initiieren. Das Jahr 2008 wurde zum einen zum Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung (A/RES/61/192), zum anderen zum Internationalen Jahr der Sprachen erklärt. Federführend für das Sprachenjahr ist die UNESCO. Das Jahr 2009 wurde zum Internationalen Jahr der Aussöhnung erklärt (A/RES/61/17). Das Jahr 2009 ist aber auch gleichzeitig das Internationale Jahr der Naturfasern (A/RES/61/189). Das Internationale Jahr der biologischen Vielfalt soll im Jahr 2010 (A/RES/61/203) begangen werden und das Internationale Jahr der Wälder im Jahr 2011 (A/RES/61/192). Zum Internationalen Tag der Gewaltlosigkeit wurde der 2. Oktober erklärt. Ab dem Jahr 2007 soll der Tag in Gedenken an den indischen Freiheitskämpfer Mahatma Gandhi, dessen Geburtstag dieser Tag ist, in aller Welt begangen werden (A/RES/61/271).

Wahlen und Ernennungen

Die bedeutendste Wahl während der 61. Tagung war die des neuen Generalsekretärs. Am 13. Oktober 2006 wählte die Generalversammlung den Südkoreaner Ban Ki-moon für eine Amtszeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2011 (A/RES/61/3). Eine weitere wichtige Wahl fand im Mai 2007 statt. Zum Präsidenten der 62. Generalversammlung wurde am 24. Mai 2007 per Akklamation der 58-jährige Mazedonier Srgjan Kerim gewählt. Des Weiteren wurde wie jedes Jahr die Hälfte der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats für eine zweijährige Amtszeit neu gewählt. Die neuen nichtständigen Mitglieder vom 1. Januar 2007 bis 1. Januar 2009 sind Belgien, Indonesien, Italien, Panama und Südafrika.

Vier neuen Organisationen wurde der Beobachterstatus verliehen, darunter der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Damit stieg die Zahl der Organisationen mit Beobachterstatus auf 65.

Verschiedenes

In Anlehnung an Resolution 60/7 vom 1. November 2005, in der der 27. Januar eines jeden Jahres zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts erklärt wurde, widmete sich die Generalversammlung zwei Jahre später noch einmal diesem Thema: In Resolution 61/255 »verurteilt [die Generalversammlung] ohne jeglichen Vorbehalt jede Leugnung des Holocausts.« Die Erklärung wurde ohne Abstimmung angenommen.

Zur Menschenrechtssituation in bestimmten Ländern wurden vier Resolutionen verabschiedet. Wie schon im Vorjahr beschloss die Generalversammlung Resolutionen zu Iran, Myanmar und Nordkorea sowie neu zu Belarus.

Resolutionen und Beschlüsse der 61. Tagung der Generalversammlung, Band I: Resolutionen, Band II: Beschlüsse, 12. September bis 22. Dezember 2006, Band III: Beschlüsse und Resolutionen, 23. Dezember 2006 bis 17. September 2007, Generalversammlung, Offizielles Protokoll, 61. Tagung, Beilage 49 (A/61/49).